

Dauerhafte Zeichen

Zum FR-Titel vom 22. Juni

Das Münchener Fußballstadion soll beim Spiel gegen Ungarn nach dem Willen der Stadt in den Regenbogenfarben leuchten. Super, war mein erster Gedanke, doch beschlichen mich Fragen. Wenn man Farbe bekennen will und ein Zeichen setzen will, warum tut man es nicht einfach. Die Uefa vorher um Erlaubnis zu fragen, erscheint mir mit Verlaub scheinheilig. Auch Greenpeace hätte niemals die Erlaubnis für den unseeligen Gleitschirmflug vor dem Spiel gegen Frankreich bekommen. Wenn man ein Zeichen setzen will, dann sollte man es einfach tun und die Konsequenzen tragen.

Und dann frage ich mich: Warum gegen Ungarn? Um Viktor Orban mal zu zeigen, was man von ihm hält? Gäbe es nicht ebenso bei den anderen Gruppengegnern Gründe für Toleranz und gegen Diskriminierung ein Zeichen setzen zu wollen? Und wie sieht es eigentlich mit einem Zeichen in Richtung des eigenen Landes aus?

Nein, denke ich mir, da stimmt etwas nicht. Gegen Ausgrenzung und Diskriminierung benötigt es mehr als ein einzelnes Zeichen – nämlich eine durchgehende Haltung. Wenn Manuel Neuer seine Kapitänsbinde in Regenbogenfarben immer trägt, wäre das eine Haltung, wenn das Stadion bei jedem Spiel in diesen Farben leuchtete, wäre das eine Aussage an jeden Zuschauer. Und wenn die Spieler niederknien würden, wäre es eine Aussage, die ich unermesslich viel wichtiger fände. Black lives matter, poor lives matter, refugees matter.

Michael Bork, Bochum

Frage des Charakters

Urteil: „Zeitungsabo nicht absetzbar“, FR-Wirtschaft vom 21. Juni

Ein Sprecher eines Bankenvorstandes möchte die Kosten für sein Tageszeitungsabo steuerlich absetzen. Er möchte die Steuerlast für sein jährliches Millioneneinkommen um einen im Verhältnis lächerlich kleinen Betrag verringern. Das sagt doch einiges über den Charakter des Herrn aus. Er achtet auf jeden Cent. Jedenfalls wenn es sein eigener ist. Dass seine „Sparsamkeit“ zu Lasten der Allgemeinheit geht, interessiert ihn nicht.

Eckart I. Sporleder, Rödermark

SORRY

In der FR-Redaktion scheint ein Dieb umzugehen. Ein T-Dieb! Das ist, wie jedermann weiß, jemand, der Ts klaut. Wie zum Beispiel das T am Schluss von Willy Brandt in unserem Leitartikel „Nicht nur ein Überfall“ (22.6., S.13). Da sand doch asächlich „Willy Brandt!“ Geh gar nicht! Hale den Dieb!



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet unter frblog.de/lf-20210621

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-x

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert „Ende der post-sowjetischen Stabilität? Protest, Repression, Krieg“. Darüber diskutieren Vera Rogova und Mikhail Polianskii von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie Azer Babayev von der Uni Baku. Stream: boell-hessen.de/YouTube
Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Ein Jahr nach Hanau. Kampf dem rassistischen Terror“ mit Armin Kurtovic (Vater des getöteten Hamza Kurtovic), Nancy Faeser (SPD), Sigrid Erfurth (Grüne) und Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau). Stream: fr.de/eventvideo
Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Florian Weis über das Thema „Daueropposition? Die Labour Party nach der neuen Wahlniederlage“. Publikum ist unter Auflagen zugelassen. Die Veranstaltung wird auch gestreamt. Zugangsdaten unter club-voltaire.de
Donnerstag, 1. Juli, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Frankfurt

Mit Kandidat und Programm von gestern

CDU-Wahlprogramm: „Zeitreise zurück bis vor die Pandemie“, FR vom 21. Juni

Laschet for yesterday, Baerbock for future

Mein Fazit nach dem Lesen der FR Artikel zum CDU Wahlprogramm: Armin Laschet for yesterday. Annalena Baerbock for future. Olaf Scholz for social future policy

Klaus Stengel, Ingersheim

Union kündigt Bruch von Klimaabkommen selbst an

Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben. Eine Partei kündigt schon im Wahlprogramm an, im Falle der Regierungsbeteiligung Verfassungsvorgaben und völkerrechtlich verbindliche Verträge nicht einhalten zu wollen.

Die CDU/CSU gibt ohne detaillierte Maßnahmenvorschläge als Ziel Klimaneutralität bis 2045 aus. Wie kann das sein?

Das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig festgelegt, dass alle politische Entscheidungen dazu führen müssen, die Freiheitsrechte nachfolgender

Generationen nicht zu zerstören und die völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaschutzziele einzuhalten.

Mit der vollständigen Umstellung auf erneuerbare Energien in dieser Dekade, setzt die Wissenschaft eine mehr als eindeutige Leitplanke. Das bedeutet spätestens 2035 und nicht 2045.

Die Realität der drohenden Erderwärmung mit allen Konsequenzen für die Menschheit, wissenschaftliche Fakten und die Ängste der jungen Generation verstehen CDU/CSU auf jeden Fall nicht.

Jürgen Eiselt, Frankfurt

Wie reagiert die SPD auf Laschets Eigentor?

Die Schnurre vom „Kassensturz nach der Wahl“ ist bisher immer der argumentative Notnagel einer ratlosen Opposition gewesen, die nicht wußte, was sie der Regierung ans Zeug flicken konnte, aber den Wählern irgendwie verkaufen mußte, dass die Regierung abzulösen sei.

Dass Armin Laschet jetzt als Kanzlerkandidat der seit 16 Jahren größten Regierungspartei diesen Ladenhüter politischer Rhetorik in Interviews aus der Mottenkisten kramt, zeigt die völlige Konzept- und Perspektivlosigkeit, für die er Programm ist.

Wenn es so ist, dass Olaf Scholz als Finanzminister im Kabinett Merkel die tatsächliche Haushaltslage verschleierte und die Zahlen türkte, ist es die Pflicht der Kanzlerin, ihn unverzüglich aus dem Kabinett zu entlassen. Handelt sie jetzt nicht, verstößt sie gegen ihre amtseidliche Verpflichtung, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Andererseits bleibt es spannend, wie die Sozis auf dieses dilettantische Eigentor von Laschet reagieren. Haben sie die Traute, von der Kanzlerin hier eine Klarstellung zu verlangen, oder belassen sie es nach bekanntem Muster bei larmoyantem Gejammer über die mangelnde Fairneß der Union.

Hans Möller, Frankfurt

Peter Beuth lässt die Braunen jubeln

Rechtsextreme in der hessischen Polizei: „Minister Unantastbar“, „Wir reden von organisierten Nazis“, FR vom 18. Juni

In der Tat muss man sich fragen, welche Skandale eigentlich noch passieren müssen, bis der hessische Innenminister Peter Beuth endlich seinen Hut nimmt und die Verantwortung übernimmt, die er eindeutig hat. Jeder Tag, den Beuth nach den bekannt gewordenen Polizeiskandalen länger im Amt ist, beschädigt die Demokratie nicht nur in Hessen, sondern darüber hinaus auch im ganzen Bundesgebiet.

In der Tat reden wir hier, wie der Frankfurter Philosoph Daniel Loick richtig feststellt, von organisierten Hardcore-Nazis. Alles Geschwätz über den notwendigen Kampf gegen Rechts-

extremismus wirkt unglaubwürdig, solange Zustände, wie in der Frankfurter und hessischen Polizei bestehen nicht durch ein deutliches Signal durch den Rücktritt des zuständigen Ministers Peter Beuth personelle Konsequenzen nach sich zieht.

Ja, es sind keine Zufälle, sondern organisiertes faschistisches Verhalten dieser Straftäter in der Polizei. Gerade das SEK in Hessen ist dafür bekannt, dass es von Nazis nur so durchsetzt ist. Die hessische Landesregierung lädt schwere Schuld auf sich, solange sie sich nicht konsequent von dem unantastbar scheinenden Peter Beuth trennt. Wenn

ohne die Stimme Peter Beuths die Regierung keine Mehrheit hat, dann kann man das mit anderen Worten so interpretieren, dass ein Bundesland der Bundesrepublik praktisch von jemandem abhängig ist, der nicht in der Lage ist, Rechtsextremisten (also Verfassungsfeinde) zu bekämpfen und der darüber hinaus nicht Willens ist, für die schlimmen Fehlentwicklungen in der hessischen Polizei die Verantwortung zu übernehmen.

Peter Beuth gefährdet durch sein Verhalten die Demokratie, und die Braunen jubeln.

Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/chatgruppe

Überleben geht nur gemeinsam

Zu: „Bei China braucht es Klartext“ u. „Trendwende bei Atomwaffen“ FR vom 15. Juni

Manfred Weber bringt es auf den Punkt: Es gehe „darum, wie wir unser westliches Lebensmodell in den nächsten Jahrzehnten verteidigen“. Bloß, was macht für Herrn Weber dieses westliche Lebensmodell aus?

Vorgeblich geht es, wie stets in allen politischen Sonntagsreden betont, um das Hochhalten/die Verteidigung der Menschenrechte. Blöd nur, dass man bei dieser Behauptung arg krampfhaft über so manches, das Selbstbild deutlich Eintrübendes hinwegsehen muss. Ungarn und Polen wären zu nennen; tausende gefüchtete und an der militarisierten Abwehr der EU gescheiterten Männer, Frauen und Kinder klagen vom Grund des Mittelmeers aus an; oder aus brutal jegliche Menschlichkeit leugnenden Lagern in Griechenland oder Bosnien. Dann die

Kumpaneien mit brutalen, aber nützlichen Regimen; mit Milizen, etwa „libysche Küstenwache“ genannt, welche UN-bescheinigt, KZ-ähnliche Lager betreiben. Wer's dennoch nach Europa geschafft hat, darf sich hunderttausendfach z. B. in Süditalien oder Südspanien in sklavenähnlichen Ausbeutungsverhältnissen beim Obst- und Gemüseanbau verdingen – zum Wohle „unseres westlichen Lebensmodells“.

Und dabei sind wir schon nah dran, wofür sich Herr Weber so sehr ins Zeug legt – ohne es freilich so offen zu sagen (Menschenrechte klingen halt schöner): Es geht um das westlich-kapitalistische Wirtschaftsmodell!

Dieses vertritt sich nicht damit, dass mittlerweile zwei bedeutendere Gegenspieler ihre

Märkte diesem nicht bedingungslos öffnen wollen, sondern z.T. als Konkurrenz auftreten und damit das überlebensnotwendige Wachstum und die Ausbeutung des letzten Winkels dieses Planeten durch die westlichen Industrieländer behindern.

Es ist auch kein Zufall, dass momentan das gesamte Atomwaffenarsenal erneuert und kriegstauglich gemacht wird. Wieder gibt es Militärs, die selbst unter Einsatz dieser Massenvernichtungsmittel einen Krieg um's Ganze für „gewinnbar“ halten.

Realer ist allerdings, was Wissenschaft schon seit Jahrzehnten weiß: Ein solcher Krieg ist weder für das westliche Lebensmodell, noch für seine Gegenspieler überlebar. Überleben geht eben nur gemeinsam!

Bernd Bremen, Aachen